

BVVG soll Land abgeben

Amtsleiter Frank Stege: Wälder und Seen bringen Geld für Gemeinden

Von Petra Waschescio

GRANSEE • Für eine Übertragung des BVVG-Eigentums an die Kommunen hat sich Frank Stege, Granseer Amtsdirektor und stellvertretender Vorsitzender der CDU Oberhavel, ausgesprochen.

Die Politik der Privatisierung von landwirtschaftlichen, Forst-, und Fischereiflächen durch die Bodenverwertungs-

und -verwaltungs GmbH (BVVG) bezeichnete der Granseer Verwaltungs-Chef ein Verramschen von Daseinsvorsorge. „So geht das nicht weiter“, sagte Stege gegenüber der GZ.

Die Übertragung dieser Flächen an die Kommunen könne gerade Gemeinden im ländlichen Raum mehr finanzielle Spielräume verschaffen. Stege nannte für das Amt Gransee mögliche Ein-

nahmen aus der Verpachtung solcher Flächen in Höhe von bis zu 400 000 Euro im Jahr. „Das wäre für die kommunalen Haushalte eine sichere Einnahmequelle“, durch die sie von einer Alimentierung des Landes etwa über Schlüsselzuweisungen weniger abhängig wären, so Stege.

Eine Auflösung der dem Finanzministerium unterstellten BVVG lehnt er indes ab. „Das ist zu kurz gegriffen“,

kommentierte Stege am Donnerstag die Forderung des SPD-Landtagskandidaten Lothar Kliesch.

Die BVVG hatte im August bis zum Jahresende die Privatisierung von Seen vorerst eingestellt (wir berichteten). „Grundsätzlich wurde die Privatisierung aber nicht in Frage gestellt“, sagte Ingeburg Grüning, Sprecherin des Bundes-Finanzministeriums auf Nachfrage. **(Gransee)**